

Roche liefert schnellere Tests für Coronavirus

Diagnostik Um die Pandemie einzugrenzen, ist es entscheidend, dass Krankheitsfälle schnell und zuverlässig erkannt werden. Ein neues Verfahren aus der Schweiz kann dabei helfen.

Holger Alich

Wie kann die Pandemie noch eingedämmt werden? Eine Schwierigkeit im Kampf gegen das neue Coronavirus stellen die Labortests dar. Zum Teil dauert es Tage, bis Patienten erfahren, ob sie infiziert sind oder nicht, weil die Labors mit der Flut der Tests überfordert sind.

Dem Roche-Konzern ist hier nun ein Durchbruch gelungen. Das Unternehmen ist nicht nur im Pharmageschäft aktiv, sondern hat auch eine Sparte für Diagnostikgeräte und Testverfahren. Diese Sparte hat nun von der US-Aufsicht FDA eine Notgenehmigung für ein neues, maschinelles Testverfahren für das neuartige Virus bekommen. Bei diesen Tests soll das Ergebnis in dreieinhalb Stunden vorliegen. Mit dem Entscheid der FDA wird das neue Verfahren in allen Ländern verfügbar sein, die die CE-Kennzeichnung akzeptieren – also auch in der Schweiz.

«Auf einem unserer Diagnostiksysteme können binnen 24 Stunden rund 4000 Tests durchgeführt werden», erklärt Roche-Chef Severin Schwan im Gespräch. Bei den bisher üblichen manuellen Verfahren seien dagegen pro Tag nur einige Dutzend Tests möglich. Rund 800 dieser Diagnostiksysteme, die Roche in Rotkreuz ZG fertigt, seien weltweit im Einsatz. «Die



«Auf einem unserer Diagnostiksysteme können binnen 24 Stunden rund 4000 Tests durchgeführt werden»: Roche-Chef Severin Schwan. Foto: Keystone

Schweiz ist hier gut versorgt», sagt Schwan, ohne Zahlen zu nennen.

Roche leiste mit den neuen Verfahren «einen wichtigen Beitrag zur raschen und effizienten Erkennung des Virus», indem der Konzern «Krankenhäusern und Referenzlabors die Möglichkeit gibt, eine grosse Anzahl an Proben zu testen», urteilt Michael Nawrath, Arzt und Analyst bei der Zürcher Kantonalbank.

Doch auch mit dem neuen maschinellen Verfahren sei es

nicht möglich, die gesamte Bevölkerung flächendeckend zu screenen. «Die Nachfrage der Labors übersteigt weiterhin das Angebot, wir müssen die Tests rationieren», erklärt Schwan. Die Priorität müsse weiterhin auf Patienten liegen, die bereits Krankheitssymptome zeigen.

Deutscher Lieferstopp bislang kein Problem

Ein Test kostet 15 Franken, den grössten Teil der Kosten machen indes die Diagnostikgeräte und

das Fachpersonal aus, so Schwan. «Wir produzieren jeden Monat Millionen an Tests», sagt der Roche-Chef.

Gerade in den USA, wo die Ausbreitung des Virus gerade erst so richtig beginnt, könnte der Test helfen, die Pandemie besser in den Griff zu bekommen. Die USA haben ein massives Kapazitätsproblem bei Corona-Tests, bisher sind gemäss «Financial Times» erst 11'000 Menschen auf das neue Virus getestet worden. Gemäss der Weltgesundheitsorga-

nisation hat allein China eine Testkapazität von 1,7 Millionen Tests pro Woche.

Beim neuen Verfahren von Roche werden die Laborgeräte in Rotkreuz ZG gefertigt. Die Vorprodukte für die Tests stammen aus den USA, die Verbrauchsmaterialien kommen aus Deutschland.

Doch Deutschland hat damit begonnen, einen Lieferstopp für kritisches medizinisches Material wie Masken zu verhängen. «Wir haben keine Probleme mit dem Warenfluss», versichert Schwan. Denn alle für den Test nötigen Teilprodukte würden gegenseitig voneinander abhängen. Deutschland habe daher kein Interesse, die Ausfuhr der Verbrauchsgüter für den Test zu blockieren, weil damit allein kein Corona-Test möglich sei.

Da der Passagierflugverkehr zwischen den USA und Europa stark eingeschränkt ist, der auch für Warenprodukte genutzt wird, hat Roche selbst Frachtmaschinen gechartert, um den Warenfluss zu sichern.

Ein grosses Geschäft sei der neue Test für Roche allerdings nicht, versichert Schwan. «Die Volumina sind auf Konzernebene irrelevant», so der Konzernchef. Doch mit der schnellen Entwicklung eines maschinellen Tests könne Roche bei Behörden wie der US-Aufsicht FDA viel Wohlwollen aufbauen.

Weiterer Test in Entwicklung

Neben den Labortests auf das Coronavirus, wie sie Roche entwickelt hat, arbeitet die Industrie auch an einfacheren Methoden. Christian Drosten, Leiter der Virologie in der Berliner Charité, setzt auf einfache Abstrichtests, die derzeit in Entwicklung seien. «Die funktionieren wie ein Schwangerschaftstest», erklärte Drosten gegenüber dem deutschen Radio NDR.

Während Labortests darauf ausgerichtet seien, das Virus anhand seiner Nukleinsäure zu identifizieren, würden diese Antigen-Tests das Virus anhand seiner Proteine erkennen. Dazu sei ein Rachenabstrich nötig. Dieser wird in eine Flüssigkeit gelegt und dann auf einen Teststreifen geträufelt. Der Streifen zeigt an, ob die Probe positiv ist.

«Wir wissen mittlerweile, dass die Viruskonzentration im Rachenraum zu Beginn der Krankheit sehr hoch ist», erklärt der Experte. Er hoffe, dass solche einfachen Tests «bis Mai oder Juni» verfügbar sein würden. Die Tests seien nicht teuer in der Produktion. Sollten diese Verfahren tatsächlich in den kommenden Monaten verfügbar sein, «dann wird das die Testsituation drastisch verändern und eine grosse Erleichterung bringen», sagt der Virologe. (ali)

Schweizer Zementindustrie bangt um ihre Kohle

Klimaschutz Kurz vor der Debatte um das CO₂-Gesetz reicht die SP einen umstrittenen Antrag ein: Kohle-Importe sollen verboten werden.

Deutschland verabschiedet sich von der Kohle. Im Januar hat die Bundesregierung einen Gesetzesentwurf verabschiedet, der das Ende der klimaschädlichen Stromproduktion aus Kohle in Deutschland bis spätestens 2038 vorsieht. Und die Schweiz?

Zwar wird hierzulande mit Kohle kein Strom produziert, Kohle verfeuert wird aber allemal – zur Wärmeerzeugung in industriellen Prozessen. Zwischen 2014 und 2018 wurden durchschnittlich 188'000 Tonnen Kohle in die Schweiz importiert und damit rund 0,3 Millionen Tonnen CO₂ emittiert, was knapp einem Prozent des Gesamtausstosses in unserem Land entspricht.

Ab 2025 soll damit Schluss sein. SP-Nationalrat Mathias Reynard reichte am Freitag einen entsprechenden Antrag ein. Das CO₂-Gesetz, das der Nationalrat nächste Woche behandelt, soll um einen Passus ergänzt werden. Das Verbot gälte für Import, Abbau und Nutzung in der Schweiz.

Biomasse als Alternative

Am stärksten betroffen wäre Holcim, die grösste inländische Zementherstellerin. Sie importiert aktuell etwa 100'000 Tonnen Braunkohle aus dem Ruhrgebiet. Sprecherin Nadia Bohli sagt, ein kurzfristiges Importverbot würde den Betrieb massiv beeinträchtigen und zudem den CO₂-Ausstoss erhöhen. Das Unternehmen sähe sich gezwungen, Alternativen aus weiter entfernten Destinationen und von Anlagen zu beziehen, die zumeist weniger CO₂-



Kohle wird zur Zementherstellung benötigt, doch es gibt auch alternative Brennstoffe: Fabrik von Jura Cement in Wildegg AG. Foto: Keystone

effizient seien als jene in der Schweiz. «Der CO₂-Fussabdruck würde erhöht werden.» Holcim ist eigenen Angaben gemäss seit Jahren daran, Kohle durch alternative Brennstoffe wie Biomasse zu ersetzen, und hat inzwischen mehr als 50 Prozent seiner traditionellen fossilen Brennstoffe substituiert. «Unser Ziel ist es,

mittelfristig fossile Brennstoffe vollständig durch alternative zu ersetzen», sagt Bohli. Ein Ausstiegsdatum nennt sie nicht.

Ähnlich tönt es von der Jura Cement, die aktuell noch circa 23'000 Tonnen Steinkohle aus Südafrika bezieht. «Wir arbeiten daran, dass in unseren Werken in Zukunft auf Kohle verzichtet wer-

den kann», sagt Sprecherin Monika Ulrich. Wann die endgültige Abkehr erfolgen soll, lässt sie offen. Im Werk Wildegg im Kanton Aargau etwa hat Jura Cement eigenen Angaben gemäss in den letzten 30 Jahren Kohle sukzessiv durch alternative Brennstoffe ersetzt und erreicht heute einen Substitutionsgrad von 85 Pro-

zent. Ganz auf Kohle verzichten kann das Unternehmen derzeit aber noch nicht, wie Ulrich sagt: Der Herstellungsprozess für Zementklinker verlange eine kurze hochwertige Flamme im Drehrohrofen und damit einen Anteil Kohlestaub, ansonsten sei die Qualität des Produkts nicht gewährleistet. Doch auch hier arbei-

te Jura Cement an Lösungen, um den Kohleanteil weiter zu senken oder gar zu eliminieren. Beide Zementhersteller weisen zudem darauf hin, dass sie ans CO₂-Emissionshandelssystem der Schweiz angeschlossen seien.

Ausnahmen wären möglich

SP-Politiker Reynard entgegnet: «Wenn die Unternehmen tatsächlich am Kohleausstieg arbeiten, ist ein Ausstieg bis 2025 ja gut machbar.» Für bestimmte Fälle sieht Reynards Vorschlag zudem eine Verlängerung bis Ende 2026 vor: Sofern ein Unternehmen die Notwendigkeit eines verlängerten Gebrauchs nachweisen kann, soll der Bundesrat Ausnahmen gewähren können.

Ob Reynards Antrag im Parlament durchkommen wird, ist fraglich. Der Bundesrat hat davon abgesehen, ein Kohleverbot in die Botschaft zum CO₂-Gesetz aufzunehmen. Auch im Parlament gibt es Bedenken. FDP-Ständerat Martin Schmid etwa sieht den Vorschlag «sehr kritisch». «Es wurden im Inland Investitionen gemacht im Vertrauen, dass diese auch abgeschlossen werden können.» Schmid warnt zudem davor, dass sich die Arbeiten am neuen CO₂-Gesetz, dessen Inkraftsetzung ursprünglich auf Anfang 2021 geplant war, weiter verzögern könnten, sollte der Antrag eine Mehrheit im Parlament finden. «Wir müssten die Auswirkungen eines Verbots im Detail klären.»

Stefan Häne